

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Caren Lay, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. André Hahn, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Sigrid Hupach, Ulla Jelpke, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Harald Petzold, Richard Pitterle, Martina Renner, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Dr. Kirsten Tackmann, Azize Tank, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1023, 18/1024, 18/1025 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Niedriglohnpolitik über wechselnde Bundesregierungen hinweg hat Deutschland als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Austeritätspolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten stärker denn je. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjongleuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten wie dem Mehrfachverleihen von Wertpapieren in langen

Ketten als vermeintliche Kreditsicherheit Grenzen zu setzen, haben sich die Merkel-Kabinette von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der letzten Jahrzehnte entlassen. Die Finanzkrise besteht weiter. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Die systemischen Krisenherde sind nicht beseitigt. Die beschlossene Pseudo-Bankenabgabe wird bei der derzeitigen Befüllungsgeschwindigkeit des Restrukturierungsfonds auch in hundert Jahren nicht ausreichen, um eine Finanzkrise abzufedern. Über die Re-Regulierung der Finanzmärkte und die Stärkung der Eigenkapitalanforderungen hinaus müssen spekulative Exzesse durch eine Finanztransaktionssteuer und einen „Finanz-TÜV“ eingedämmt sowie Privatbanken vergesellschaftet werden. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden. Notwendig ist eine unabhängige und bundesweit gesicherte Finanz- und Schuldnerberatung sowie ein Finanzmarktwächter, der noch 2014 seine Arbeit zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher aufnimmt. Statt Europa in einen Abwärtsstrudel hinein zu sparen, ist eine grundlegende Abkehr der auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik von Koalition und Bundesregierung notwendig. Das deutsche Lohndumping muss beendet, die Inlandsnachfrage gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden.

2. CDU/CSU und SPD setzen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmehasis des Staates gezielt aus, um mit Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Im Ergebnis fehlen dem Bund Mittel für die Ausgabenfinanzierung. Die Schulden des Bundes belaufen sich inzwischen auf 1,3 Bio. Euro (Stand: 31.12.2013, Quelle: Statistisches Bundesamt). Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West. Die SPD hat mit der Agenda 2010 nicht nur geholfen, das europäische Austeritätsmodell zu entwerfen, sondern setzt in der neuen Bundesregierung nahtlos den Kahlschlag am Sozialstaat fort. Allein in 2014 und 2015 will die Bundesregierung durch Kürzung des Bundeszuschusses an die Krankenkassen 6 Mrd. Euro im Bundeshaushalt einsparen. Mit diesem Zuschuss sollen Leistungen bezahlt werden, die die Krankenkassen für die Allgemeinheit erbringen. Solche Leistungen sollten aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Stattdessen werden die Gelder der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler für öffentliche Aufgaben zweckentfremdet, um den Staatshaushalt nicht zu belasten. Auch die zusätzlichen Ausgaben der Koalition für die Mütterrente, die Rente mit 63 und die geplante Pflegereform belasten den Bundeshaushalt kaum – die Sozialkassen dafür umso mehr. Den Preis zahlen die Versicherten in Form von Beitragserhöhungen oder entgangenen Beitragssenkungen. Eine eigentlich für das laufende Jahr anstehende Minderung des Rentenbeitragssatzes um 0,6 Prozentpunkte hat die Koalition bereits kassiert.
3. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende

als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen zu Gunsten von Großinvestoren geplante Freihandelsabkommen die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheitswesen, bei Bildung und Kultur. Die Fraktion DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit harmonisierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen.

4. Die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode zur NSU-Mord- und Anschlagsserie hat die ganze Problematik der nachrichtendienstlichen Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und insbesondere des damit verbundenen V-Leute-Systems deutlich gemacht. Die in Bund und Ländern, vor Gericht und in Untersuchungsausschüssen anhaltenden Versuche, die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Zusammenhang mit den Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds aufzuarbeiten, fördern bis heute Belege dafür zu Tage, dass das V-Leute-System des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern das Kernproblem war, das in das Debakel geführt hat. Auf der anderen Seite ist die Bedeutung der Präventionsarbeit zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch die Aufdeckung der NSU-Taten und der damit verbundenen Strukturen der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland noch einmal schlagend deutlich geworden. Die dauerhafte und ausreichende finanzielle Absicherung der Bundesprogramme in diesem Themenfeld gehört zu den zentralen Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine ausreichende und dauerhaft gesicherte Finanzierung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr 2014 zu beenden. Großwaffensysteme, die nicht unmittelbar der Territorialverteidigung dienen, werden ab 2014 einem Ausphasungs- und Verschrottungsprozess unterzogen. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt;
4. auf nachrichtendienstliche Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz (Observationen, V-Leute und V-Leute-Führung, Beteiligung an der Verbunddatei der Nachrichtendienste – NADIS) sowie Abhörmaßnahmen und der darauf basierenden Analysetätigkeiten zu verzichten.

Zukunftsprogramm

3,3 Mrd. Euro	für BAföG und Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
3,0 Mrd. Euro	für Kitaausbau finanziert aus den Einnahmen der Millionärsteuer
2,5 Mrd. Euro	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
1,5 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale
964 Mio. Euro	für den Hochschulpakt
500 Mio. Euro	für nichtkommerzielle Pharmaforschung
181 Mio. Euro	für die Sicherung von ausreichend Wohnraum, die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
150 Mio. Euro	für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten
67 Mio. Euro	für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung, denn auf die gestiegene Zahl eingewanderter Menschen muss mit einer entsprechenden Aufstockung der Haushaltsmittel reagiert werden
64 Mio. Euro	für besseren Umweltschutz (Partikelfilter) und Hochwasserschutz
50 Mio. Euro	bundesweit für die Errichtung und Sanierung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan 3.0“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
30 Mio. Euro	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
15 Mio. Euro	für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Finanzwächters“ und den Aufbau einer unabhängigen flächendeckenden Finanzberatung
10 Mio. Euro	für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
7 Mio. Euro	für das Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)

Mit Arbeitsförderung Massenarbeitslosigkeit bekämpfen

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

13,3 Mrd. Euro	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und im Alter auf 500 Euro pro Monat, Zahlung angemessener Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher, Eingliederung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die regulären Grundsicherungssysteme und die Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes/bzw. Betreuungsgelds auf die Arbeitslosengeld-II-Beziehenden
5,0 Mrd. Euro	Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung (4 Mrd. Euro infolge der Erhöhung der Regelsätze, 1 Mrd. Euro Entlastung der Kommunen im Vorfeld der Einführung des Bundesteilhabegesetzes)
5,0 Mrd. Euro	Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung
3,6 Mrd. Euro	Kinderzuschlag

1,6 Mrd. Euro Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeld II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit).

Rentengerechtigkeit herstellen

7,4 Mrd. Euro zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Leistung und erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten auf Westniveau

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

3,6 Mrd. Euro Rücknahme der Anrechnung des Elterngeldes auf ALG-II-Bezieher und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

Rechte für Menschen mit Behinderungen

500 Mio. Euro für die Realisierung Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit.

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

1,4 Mrd. Euro für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für die Unterstützung Ostafrikas, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

22 Mio. Euro zur Absicherung und Stärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Finanzierung

52,0 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

3,2 Mrd. Euro durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14

2,8 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

- 36 Mio. Euro Stopp von sozial und ökologisch unsinnigen Verkehrs­großprojekten wie der Fehmarnbeltquerung, dem Ausbau der Elbe und der Weser sowie Stuttgart 21, die in kommenden Jahren dem Bund 1,9 Mrd. Euro kosten würden.
- 20 Mio. Euro durch Verzicht der nachrichtendienstlichen Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz (Observationen, V-Leute und V-Leute-Führung, Beteiligung an der Verbunddatei der Nachrichtendienste (NADIS), Abhörmaßnahmen und der darauf basierenden Analysetätigkeiten).

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 23. Juni 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

